

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	369	<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
<b>SCHWERPUNKT</b>		<i>Birgit Schädlich</i>	
<i>Wolfram Tschiche</i>		Keine Angst vor den Fremden! – ein Projekt für Bernauer Schulen	404
„Ist das utopische Denken überholt?“	370	<i>Ina Bielenberg</i>	
<i>Bettina Lösch</i>		Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft	
Deliberation und politische Bildung	378	Ein Rückblick auf das AdB-Jahresthema 2008	408
<i>Michael Borchard/Melanie Piepenschneider</i>		<b>ARBEITSFORMEN UND METHODEN</b>	
Für die Zukunft gut beraten – die Arbeit der politischen Stiftungen	384	<i>Tanja Berger</i>	
<i>Wolfgang Borkenstein</i>		Die Szenario-Methode	411
Jugendbeteiligung – ein Leitfaden	390	<b>INFORMATIONEN</b>	
<i>Matthias Schirmer</i>		Meldungen	416
Beteiligungsprozesse sind Werkstätten für politisches Lernen		Aus dem AdB	431
Erfahrungen und Resümees aus der Stadt- (teil)entwicklung in Leipzig-Volkmarsdorf	396	Personalien	441
<b>ADB-FORUM</b>		Bücher	443
<i>Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW e. V. (@ba)</i>		Markt	454
Schwerter Erklärung		<b>IMPRESSUM</b>	458
Zur Bedeutung und Wichtigkeit des Teilnehmertages in der außerschulischen Bildung	402		

**Thema des nächsten Heftes:  
Arbeit und politische Bildung**

## Deliberation und politische Bildung

Bettina Lösch

Das Unbehagen an der Politik, wie es gegenwärtig von vielen Bürgern und Bürgerinnen empfunden und geäußert wird, wirkt sich auch auf Attraktivität, Gestaltung und Zielsetzung politischer Bildungsarbeit aus. Vor diesem Hintergrund ergründet Bettina Lösch in ihrem Beitrag eine alternative Politikkonzeption *deliberativer Demokratie* und fragt nach deren Potential für die politische Bildung.

Die politische Bildungsarbeit steht gegenwärtig vor verschiedensten Herausforderungen: Trotz wiederholter Lippenbekenntnisse einiger Politiker/-innen zur gesellschaftlichen Notwendigkeit politischer Bildung wird ihre finanzielle Förderung weiter be-

**Das Misstrauen der Bürger/-innen gegenüber der Politik steigt, was sich negativ auf die Nachfrage an politischen Bildungsangeboten auswirkt**

schritten. Zugleich steigt das Misstrauen der Bürger/-innen gegenüber der Politik, was sich negativ auf die Nachfrage an politischen Bildungsangeboten auswirkt. Das Unbehagen an der Politik resultiert meist aus

einem mangelnden Vertrauen der Bürger/-innen gegenüber Politiker/-inne/-n und Parteien, die eher an Wirtschaftsinteressen denn am Gemeinwohl orientiert scheinen, ihren eigenen Machterhalt im Sinn haben und vollmundig Wahlversprechen abgeben, die aufgrund heraufbeschworener und selbst erzeugter „Sachzwänge“ nach der Wahl nicht mehr verfolgt, geschweige denn eingelöst werden. Mitsamt der Vorherrschaft neoliberaler Politik, die den Markt als Steuerungsinstrument in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen verabsolutiert, hat sich außerdem die These des Staatsversagens im Alltagsverständnis verfestigt. Die Unübersichtlichkeit politischer Entscheidungsfindung



© Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

Unübersichtlichkeit politischer Entscheidungsfindung trotz Ausblick. Besucher auf der Aussichtsplattform der Reichstagskuppel

sowie die medial vermittelten Diskurse, bspw. des vermeintlichen „Reformstaus“, tragen außerdem dazu bei, politische Konflikte und Probleme als unlösbar und alternativlos zu begreifen.

Diese Aufzählungen über die Unbeliebtheit von Politik ließen sich ohne Weiteres verlängern. Letztlich führt dies aber meist dazu, die Ablehnung gegenüber der herrschenden Politik, aber auch die eigene Ohnmächtigkeit weiter zu verstärken – insbesondere dann, wenn keine Analysen der Ursachen geliefert, sondern die Klagen lediglich aufgezählt werden. In den folgenden Ausführungen möchte ich deshalb der eher selten gestellten Frage nachgehen, ob sich Politik darin erschöpft, Interessen auszuhandeln, Herrschaftsausübung und Politikmanagement zu sein. Besteht Freiheit wirklich darin, *frei* von Politik und *unpolitisch* zu sein, oder liegt die Freiheit, wie *Hannah Arendt* meinte, nicht vielmehr im politischen Handeln?<sup>1</sup> Sind Menschen nicht gerade in jenen Momenten frei, in denen sie ihre gemeinsamen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, gemeinsam beratschlagen und kooperativ Lösungen für festgefahrene oder schwer lösbare Konflikte finden? Wann und wie entfaltet sich die Lust am politischen Handeln, die meist weitere Aktivitäten wie in einem Dominoeffekt nach sich zieht? Die leitende Frage für meine Überlegungen ist, welches Politikverständnis für die politische Bildung orientierend sein kann, wenn sie an der Mündigkeit des Subjekts, der Selbstaufklärung, der kritischen Urteilsfähigkeit und Handlungsorientierung festhält.<sup>2</sup>

### Konzeptionen deliberativer Demokratie

Nach dem Zusammenbruch der Systemalternative 1989/90 schien auf realpolitischer Ebene die marktwirtschaftlich fundierte Form liberaler Demokratie der einzig gangbare Weg zu sein. Alternative poli-

**Mittlerweile fallen die Zustandsbeschreibungen der liberalen Demokratie auch eher fatal aus**

tische Ansätze, wie sie in unterschiedlichen Ausprägungen in den realsozialistischen Staaten praktiziert wurden, waren aufgrund ihres Demokratiedefizits diskreditiert.

Mittlerweile fallen die Zustandsbeschreibungen der liberalen Demokratie, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen in den marktwirt-

<sup>1</sup> Vgl. *Hannah Arendt*: Was ist Politik?, München 1993, S. 28

<sup>2</sup> Siehe auch *Gerd Steffens*: Politische Bildung, in: *Ulrich Brandl/Bettina Lösch/Stefan Thimmel* (Hrsg.): ABC der Alternativen, Hamburg 2007, S. 162f.

schaftlichen, kapitalistischen Ländern etabliert hat, allerdings auch eher fatal aus. Zwar nimmt weltweit die Anzahl der Staaten zu, die als Demokratien bezeichnet werden. Allerdings können sich auch solche Herrschaftsregime als demokratisch bezeichnen, die lediglich ein Minimum an formalen demokratischen Verfahren gewährleisten, etwa Wahlen durchführen, ohne Meinungsfreiheit oder andere grundlegende politische Rechte zu garantieren. Eingeschränkte Formen von Demokratie existieren aber nicht nur als irreführende Selbstzuschreibung autoritärer Regime. Für die Diagnose der etablierten liberalen Demokratien wird gegenwärtig der Begriff der „Postdemokratien“ (Colin Crouch) diskutiert. Hierbei handelt es sich um politische Gemeinwesen, in denen zwar Wahlen abgehalten werden, Wahlkämpfe aber zu einem großen Spektakel verkommen, wo konkurrierende professionelle PR-Teams die öffentliche Debatte kontrollieren und durch Kampagnenarbeit beeinflussen. Die Mehrheit der Bürger/-innen spielt dann eine passive, schweigende Rolle und reagiert auf Signale, die man ihnen gibt.<sup>3</sup>

Geradezu im Kontrast dazu, dass demokratische Strukturen unter neoliberaler Politik und marktwirtschaftlicher Globalisierung abgebaut und unterlaufen werden,<sup>4</sup> hat sich innerhalb der Demokratietheorie eine andere Sichtweise von Demokratie etabliert, die deren Basis – die Selbstbestimmung der Bürger/-innen – wieder stärken will. Diese Konzeptionen so genannter *deliberativer Demokratie* können als politiktheoretische Antwort auf die Debatte um eine Bürger- oder Zivilgesellschaft in den 1990er-Jahren verstanden werden. Anstatt die politische Handlungs- und Entscheidungsmacht einem auserwählten Kreis von Berufspolitikern/-politikerinnen zu überantworten oder Demokratie als Wettbewerbs- und Marktverhältnis zwischen Anbietern (Parteien) und Konsument/-inn/-en (Wähler/-inne/-n) zu verstehen, sollten mit der deliberativen demokratietheoretischen Ausrichtung der politische Meinungs- und Willensbildungsprozess der breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit stärker gewichtet und seine Bedeutung für eine lebendige Demokratie hervorgehoben werden.

*Deliberation* bedeutet soviel wie Abwägen, Überlegen, Beratschlagen, kann jedoch konzeptionell durchaus unterschiedlich verstanden werden: 1. *selbst-*

*reflexiv* als ‚sich beraten‘ im Sinne von Abwägen, Überlegen, Bedenken; 2. *expertokratisch* als ‚sich beraten lassen‘ eher im Sinne von Konsultation und Beratung oder 3. *demokratisch* als ‚gemeinsame Beratschlagung‘ und Diskussion.<sup>5</sup> In der Regel sehen Konzeptionen deliberativer Demokratie eine Erweiterung der politischen Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten über formales demokratisches Prozedere (Wahlakt, Mitgliedschaft in Parteien etc.) hinaus vor und grenzen sich damit von den in der Demokratietheorie bislang tonangebenden

**Deliberative Demokratietheorien (be-)achten und reflektieren die neuen vielfältigen Politik- und Organisationsformen, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet haben**

den elitetheoretischen oder rational-ökonomischen Modellen ab, welche die Möglichkeiten politischer Selbstbestimmung und direkter Partizipation eher ablehnen. Deliberative Demokratietheorien (be-)achten und reflektieren die neuen vielfältigen Politik- und Organisationsformen, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet haben.

Die deliberativen Demokratieauffassungen profilierten sich am stärksten in der angelsächsischen Diskussion und wurden zunächst in der Tradition partizipatorischer Demokratietheorien verortet. Der Anstoß für die Debatte kam aus der Rechtsphilosophie, und es war wohl *Joseph Besette*, der bereits 1980 den Terminus *deliberative democracy* explizit in die US-amerikanische Diskussion einbrachte und ihn in Opposition zu einer stärker elitistischen Interpretation der US-amerikanischen Verfassung gebrauchte. Mit der Übersetzung und Veröffentlichung von *Jürgen Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“* im Jahre 1989 und der Rezeption seiner Öffentlichkeitstheorie erhielt die angelsächsische Deliberationsdebatte eine weitere wegweisende inhaltliche Anregung. *Habermas* selbst versuchte dann in den 1990er-Jahren seine kommunikations- und diskurstheoretischen Ansätze auf den politischen Bereich zu übertragen und den beiden politiktheoretischen Traditionen des modernen demokratischen Rechtsstaates – dem Liberalismus und dem Republikanismus – mit seinem eigenen politiktheoretischen Entwurf deliberativer Demokratie als vermittelndem Dritten zu begegnen.<sup>6</sup>

3 Vgl. *Colin Crouch: Postdemokratie*, Frankfurt/Main 2008

4 Vgl. *Bettina Lösch: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie*, in: *Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus*, 2. Auflage, Wiesbaden 2008, S. 221-284

5 Vgl. *Bettina Lösch: Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, Münster 2005

6 Vgl. *Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt/Main 1998, S. 277ff.

Die zahlreichen Ansätze, die mittlerweile in der akademischen Debatte unter dem Label „deliberative Demokratie“ firmieren, variieren stark. Einige Vertreter/-innen deliberativer Demokratie beziehen sich auf die diskurstheoretische Variante von Habermas und versuchen sie konzeptionell weiterzuentwickeln oder auf die politische Praxis zu übertragen.<sup>7</sup> Andere haben gänzlich eigenständige Konzeptionen vorgelegt, die weniger auf das formale Prozedere der Demokratie abheben, sondern eher moralphilosophische Anliegen verfolgen.<sup>8</sup> So sehen die einen die Debatte um deliberative Demokratie als ein reformistisches Projekt, das sich an den internen Problematiken des politischen Liberalismus und dessen institutioneller Ausgestaltung der liberalen, repräsentativen Demokratie abarbeitet. Andere wiederum erkennen darin die Chance einer radikalen Politik, die in der Lage sei, die Grundprämissen des politischen Liberalismus – etwa Freiheit höher zu gewichten als Gleichheit oder die „Herrschaft des Rechts“ vor die „Volkssouveränität“ zu setzen – zu hinterfragen und direktdemokratische Elemente zu stärken.<sup>9</sup>

### Grenzen und Chancen deliberativer Demokratie

Deliberation muss aber nicht notwendigerweise mit einer Ausweitung politischer Partizipation einhergehen. Einige Politikwissenschaftler/-innen haben versucht, den Begriff der Deliberation für die neue Form der Regierungspolitik und die politische Verfahrensweise in der Europäischen Union nutzbar zu machen.<sup>10</sup> Je nach konzeptioneller Ausgestaltung kann Beratung stärker expertokratisch verstanden werden, wie etwa im Falle eines „deliberativen Supranationalismus“ der Europäischen Union. Oder Deliberation erhält eine andere, stärker demokratische Ausrichtung, etwa dann, wenn – wie in der Praxis sozialer Bewegungspolitik üblich – ein großer Ratschlag einberufen wird, um durch gemeinsame Beratung zu einem Ergebnis zu

7 Vgl. *Seyla Benhabib*: Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 43, Heft 1, S. 3-29; *James Fishkin*: The Voice of the People. Public Opinion and Democracy, New Haven/London 1995

8 Vgl. u. a. *Amy Gutmann/Dennis Thompson*: Deliberative Democracy Beyond Process, in: The Journal of Political Philosophy, Vol. 10, No. 2, 2002, S. 153-174

9 Vgl. *John S. Dryzek*: Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations, Oxford/New York 2000

10 Vgl. *Erik O. Eriksen/Christian Joerges/Jürgen Neyer* (Hrsg.): European Governance, Deliberation and the Quest for Democratisation, Oslo 2003

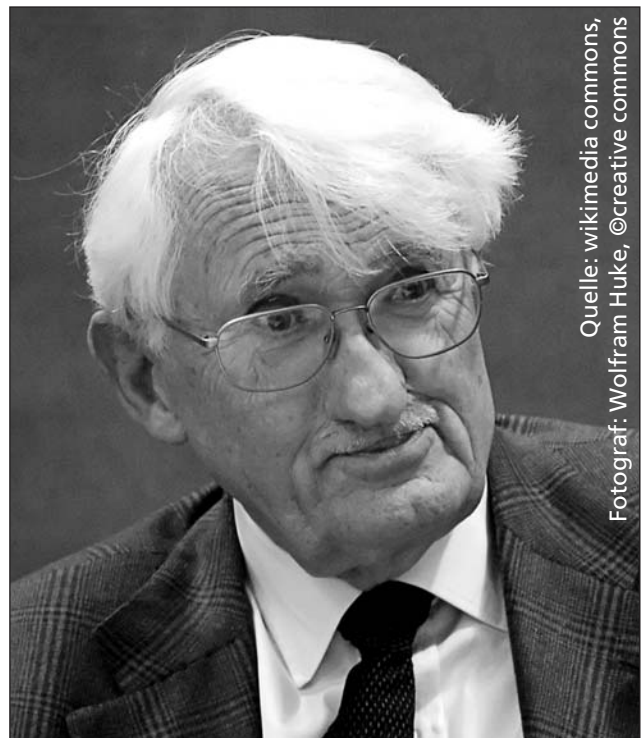
kommen. Die kollektive Beratschlagung ist dann ausdrücklich auf Entscheidungsfindung und Beschlussfassung ausgerichtet.

Zieht man die deliberative Konzeption von *Habermas* heran, ist zunächst auffällig, dass er zwei Formen von politischer Öffentlichkeit unterscheidet: Zum einen die demokratisch verfasste und regulierte Öffentlichkeit des staatlichen Apparates und zum anderen die mehr oder weniger spontane, von schwachen Institutionen getragene politische

**Runde Tische, Bürger/-innen-Jurys und -Konferenzen, Planungszellen, Mediationsverfahren und Nichtregierungsorganisationen) prägen das, was Habermas als nicht-organisierte oder schwach institutionalisierte politische Öffentlichkeit begreift**

Meinungs- und Willensbildung der Zivilgesellschaft. Diese zweite Ebene von Öffentlichkeit verortet er in den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Assoziationen. Runde Tische, Bürger/-innen-Jurys und -Konferenzen, Planungszellen, Mediationsverfahren sowie die kampagnenbezogene Arbeit von Nichtregierungsorganisa-

tionen (NGOs) prägen das, was *Habermas* als nicht-organisierte oder schwach institutionalisierte politische Öffentlichkeit begreift.<sup>11</sup> Sie bilden das



Quelle: wikimedia commons, Fotograf: Wolfram Huke, ©creative commons

Jürgen Habermas bei einer Diskussion in der Hochschule für Philosophie München

11 *Jürgen Habermas*: Faktizität und Geltung, a.a.O., S. 451

Netzwerk- und Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen von allgemeinem Interesse institutionalisiert und die Diskurse dann gefiltert und lautverstärkend an die zweite Öffentlichkeit, die rechtsstaatlich verfasste regulierte Öffentlichkeit, weiterleitet.

Während bei *Habermas* Ziel und Fokus des demokratischen Beratungsprozesses nach wie vor die staatlichen Instanzen und Apparate darstellen, denen die politische Entscheidungshoheit vorbehalten bleibt, spielt in der US-amerikanischen Debatte – auch in Bezug auf *John Dewey* – stärker das lokale und in den alltäglichen Lebensverhältnissen verankerte Demokratieverständnis eine Rolle. *Amy Gutmann* und *Dennis Thompson* machen insofern die „konkrete Beratung“ zwischen den Menschen zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Theorie, die ansatzweise vorsieht, die Entscheidungs- und Konfliktlösung den einzelnen, konkret handelnden und betroffenen Subjekten zu überantworten.<sup>12</sup>

Anders als die Vorläufer der partizipatorischen Demokratietheorien, wie sie etwa von feministischer Seite formuliert wurden,<sup>13</sup> oder der Öffentlichkeits-

**Den deliberativen Konzeptionen emanant es meist an kritischen Zeitdiagnosen**

Probleme“ (2001/1927) in kritischer Auseinandersetzung mit einem der Gründungsväter neoliberaler Theoriebildung: *Walter Lippmann*. Er beschrieb und analysierte die gesellschaftlichen Herausforderungen und demokratischen Probleme, die mit der Industrialisierung und dem Aufstieg des Kapitalismus auftraten. Zwar wird heutzutage in einigen Ansätzen deliberativer Demokratie – insbesondere der angelsächsischen Diskussion – thematisiert, dass etwa soziale und materielle Ungleichheit zur Ungerechtigkeit politischer Verfahren beitrage und dies ein maßgebliches Problem liberaler Demokratien darstelle. Dennoch bleibt aufgrund des Fehlens einer tiefgreifenden gesellschaftskritischen Analyse meist die Frage unbeantwortet, woher diese sozialen Probleme der Demokratie eigentlich rühren.

gibt es den deliberativen Konzeptionen meist an kritischen Zeitdiagnosen. *Dewey* verfasste sein zentrales Werk „Die Öffentlichkeit und ihre

Die Erklärungsversuche deliberativer Demokratie führten in der deutschen Diskussion deshalb nicht selten zu einer eher bescheidenen Vorstellung von politischer Beratung und Partizipation. Anstatt die neuen Demokratieansätze zu einer anspruchsvollen partizipatorischen Konzeption weiterzuentwickeln, blieb man in den Denkschemata pluralistischer Demokratietheorien verhaftet. Pluralismustheoretische Annahmen unterstellen gleiche Beteiligungschancen unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure und streben eine Ausbalancierung des demokratischen Machtkreislaufes an, indem sie den „Input“ wie auch den „Output“ des politischen Prozesses analysieren. Die Untersuchung des Inputs soll Aufschluss über die Vorgänge der Meinungs- und Willensbildung sowie der Entscheidungsfindung liefern, während die Analyse des Outputs dazu dient, die Qualität des Regierens oder der politischen Steuerung zu bestimmen. Geht man von dieser Betrachtungsweise aus, dient der Deliberationsprozess lediglich der effizienten Zuarbeitung der Bürger/-innen bzw. der Zivilgesellschaft zu den staatlichen Instanzen und wird nicht als Verfahren der Selbstaufklärung verstanden, in dem die Bürger/-innen politische Handlungserfahrung erwerben und ein kritisches Urteilsvermögen ausbilden.

Des Weiteren ist die Zivilgesellschaft – wie die theoretischen Annahmen häufig nahe legen – keine Sphäre konsens- und verständigungsorientierten Handelns, sondern vielmehr ein Ort widerstreitender Interessen und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Mit der einseitigen Fokussierung auf zivilgesellschaftliche Akteure

**Mit der einseitigen Fokussierung auf zivilgesellschaftliche Akteure und Prozesse geraten die Herrschafts- und Machtstrukturen etablierter politischer Institutionen und Verfahren aus dem Blickfeld**

und Prozesse, wie sie die deliberative Demokratietheorie vornimmt, geraten die Herrschafts- und Machtstrukturen etablierter politischer Institutionen und Verfahren sowie die sich vollziehenden Veränderungen auf globaler politischer Ebene aus dem Blickfeld der demokratietheoretischen Analyse. Es bleibt dabei empirisch ungeklärt, welchen Einfluss die neuen Formen deliberativer Demokratie auf die herrschenden staatlichen Institutionen und Verfahren der Gesetzgebung haben. Auch wenn diese demokratietheoretischen Neuerungen nicht dazu geeignet sind zu beurteilen, in welcher Verfassung sich die liberalen Demokratien derzeit befinden, so liefern sie eine alternative Perspektive auf Politik, die für die politische Bildungsarbeit grundlegend ist und Orientierung bietet.

12 Vgl. Amy Gutmann/Dennis Thompson: *Deliberative Democracy Beyond Process*, a.a.O.

13 Vgl. Carol Pateman: *Participation and Democratic Theory*, Cambridge

## Deliberative Elemente in der politischen Bildung

Die neuen demokratietheoretischen Ansätze eröffnen ein Verständnis von Politik, das über ein rein formales, funktionales oder konfliktorientiertes hinausweist, weshalb ich in einem umfassenderen Sinne eine Konzeption *deliberativer Politik* statt deliberativer Demokratie vorschlage.<sup>14</sup> In einigen der deliberativen Ansätze wird deutlich, dass Demokratie mehr ist als nur ein institutionelles Design oder eine Verfahrensweise zur politischen Entscheidungsfindung. Demokratie gründet auf der politischen Handlungsfähigkeit und -bereitschaft der Menschen und kann schnell schwinden oder sich in eine Chimäre verwandeln, wenn diese maßgebliche Ressource verloren geht.

In der Politikdidaktik wird derzeit versucht, den Demokratiebegriff als fördernden Sympathieträger geltend zu machen,


**In der Politikdidaktik wird derzeit versucht, den Demokratiebegriff als fördernden Sympathieträger geltend zu machen, anstatt den missliebigen Begriff „Politik“ als Kern politischer Bildung zu begreifen**

anstatt den missliebigen Begriff „Politik“ als Kern politischer Bildung zu begreifen.<sup>15</sup> Demokratiepädagogische Ansätze gehen in Anlehnung an die angelsächsische Tradition der *citizenship education* und die demokratietheoretischen Arbeiten von Dewey von einem lebensweltlich verankerten Demokratiebegriff aus. Demokratie wird nicht nur als Herrschafts- und Regierungsform verstanden, sondern es wird den demokratischen Verhältnissen in gesellschaftlichen Bereichen wie Familie, Schule, Verein oder Betrieb Beachtung geschenkt.<sup>16</sup> Im Rahmen des BLK-Projekts „Demokratie lernen und leben“ wurden – inspiriert durch die deliberativen Demokratietheorien und deren Umsetzung der *deliberative pollings* (deliberative Meinungsumfragen) von *James Fishkin* – in den vergangenen Jahren so genannte „Deliberationsforen“ an Schulen ausprobiert.<sup>17</sup> Die schul- und demokratiepädagogi-

schen Ansätze beabsichtigen einerseits, der gesellschaftlichen Politik(er)verdrossenheit entgegenzuwirken, sowie andererseits die demokratischen Kompetenzen und das Demokratiebewusstsein der Schüler/-innen zu stärken. Die moderne, innovative Schule soll dadurch zur Lernstätte der Demokratie werden.

Schulen sind allerdings in der Regel keine demokratischen (Lern-)Orte, sondern nach wie vor autoritär strukturiert und, wie in Studien von PISA bis IGLU vielfach belegt, Reproduktionsstätten sozialer Ungleichheit. Das partizipatorische Element der Deliberationsforen liegt in der Erweiterung der Lernformen des schulischen Unterrichts (über den doch weitestgehend noch üblichen Alltag des Frontalunterrichts hinaus). Für die didaktische Einlösung des Anspruchs der Handlungsorientierung reicht eine Befähigung zum kommunikativen Handeln und demokratischen Sprechen allerdings nicht aus. Aus demokratie- und subjekttheoretischer Sicht stellt sich bspw. die Frage, inwiefern der Erwerb demokratischer, staatsbürgerlicher Kompetenzen einen Bildungsüberschuss für das Subjekt bewirkt bzw. dessen kritische Urteilsfähigkeit stärkt. Politische Bildungsarbeit soll mit ihrem Anspruch der Mündigkeit und der Autonomie des Subjekts nicht nur zur Teilhabe an den bestehenden Strukturen, sondern auch zur begründeten Kritik an diesen befähigen. Die schulische Demokratiepädagogik zielt zuvorderst auf eine „Erziehung zu Demokratie“, die eine kritische Gesellschaftsanalyse oftmals ausblendet und nicht nach den sozialen Voraussetzungen von Demokratie und demokratischer Teilhabe fragt.

©Templermeister/pixelio




Die außerschulische politische Bildungsarbeit blickt hier auf eine gänzlich andere Tradition der Befähigung und Ermächtigung der Subjekte zurück. Die außerschulische politische Bildungsarbeit ist und war in ihrer emanzipatorischen Ausrichtung und

Die außerschulische politische Bildungsarbeit blickt hier auf eine gänzlich andere Tradition der Befähigung und Ermächtigung der Subjekte zurück. Die außerschulische politische Bildungsarbeit ist und war in ihrer emanzipatorischen Ausrichtung und

14 Vgl. Bettina Lösch: *Deliberative Politik*, a.a.O.

15 Vgl. Ingo Juchler: Worauf sollte die politische Bildung zielen: Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen?, in: *Politische Bildung*, Jg. 38, Heft 1, S. 101

16 Vgl. Gerhard Himmelmann: *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*, Schwalbach/Ts. 2002

17 Vgl. Anne Sliwka: *Das Deliberationsforum. Eine neue Form des politischen Lernens in der Schule*, Berlin 2005; siehe <http://www.blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Sliwka2.pdf>, 30.9.2008

**Die außerschulische politische Bildungsarbeit ist und war in ihrer emanzipatorischen Ausrichtung und deren Rückbindung an die sozialen Bewegungen immer schon Ort und Gelegenheit deliberativer Politik**

deren Rückbindung an die sozialen Bewegungen – seien es die Bildungseinrichtungen und -formen der Arbeiter-, Frauen- oder der neuen sozialen Bewegungen – immer schon Ort und Gelegenheit deliberativer Politik.<sup>18</sup> Politische Bildung in ihrer selbstorganisierten, nicht staatlich-institutionellen Form ist zum einen „beratungsorientiert“ und zwar in einem demokratischen und nicht im expertokratischen Sinne, indem sie der Selbstaufklärung und der gemeinsamen Beratung dient. Zum anderen ist die politische Bildungsarbeit eines der wichtigsten und tragfähigsten Fundamente für den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess. Wo sind heute noch Orte zu finden, in denen (kritisches) Wissen über politische, d. h. über die allgemeinen Angelegenheiten der *res publica*, angeeignet und debattiert werden kann? Wo, wenn nicht in Seminaren der politischen Bildungsarbeit vergewissern und beraten sich Bürger/-innen über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie leben, und stellen Überlegungen an, wie man politisch gestaltend eingreifen kann?

Politische Bildungsarbeit bleibt in ihren Potentialen unausgeschöpft, wenn sie – wie heutzutage üblich – zuvorderst als Erwerb von Schlüsselqualifikationen verstanden wird. Die damit verbundenen Emanzipationsversprechen werden in der Regel nicht erfüllt, denn diese Kompetenzen helfen nicht weiter, die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Transformationsprozesse zu begreifen. Das Verstehen von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen sowie von Macht- und Herrschaftsprozessen ermöglicht den Subjekten dagegen, ihr Handeln selbst zu bestimmen und Veränderungen herbeizuführen. Deliberative und partizipatorische Ansätze müssen insofern nicht notwendigerweise die Zivilgesellschaft als „Schonraum“ von politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verstehen. Das Problem besteht nicht darin, dass Erwachsene und Jugendliche kein soziales Engagement aufbringen, sondern dass sie dieses Engagement als „unpolitisch“ bezeichnen und eine Ablehnung gegenüber dem politischen System äußern. Deliberative

Politik könnte dazu beitragen, die Gesellschaft bereits als politische Sphäre zu begreifen, in der wichtige Aushandlungen stattfinden und Entscheidungen vorbereitet bzw. getroffen werden. *Benedikt Widmaier* schlägt bspw. vor, Konzepte des „*Learning active Politics*“ zu entwickeln, die weniger an sozialem Lernen als an politischer Bildung und Partizipation orientiert sind.<sup>19</sup>

**Eine neue Chance für partizipatorische und deliberative Ansätze liegt möglicherweise in dem Zusammenspiel von schulischer und außerschulischer (Jugend-)Bildung in den Ganztagschulen**

Eine neue Chance für partizipatorische und deliberative Ansätze liegt möglicherweise in dem Zusammenspiel von schulischer und außerschulischer (Jugend-)Bildung in den Ganztagschulen – ohne diese mit Ansprüchen überfrachten zu wollen. Hier entsteht jedoch ein (Handlungs-)Raum für neue Formen politischer Partizipation, und durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Handlungslogiken eröffnet sich die Möglichkeit der kritischen Reflexion der Institution Schule und des bisherigen Charakters schulischer politischer Bildung. Für die politische Bildung bedeutet dies, den Politikbegriff nicht leichtfertig aufzugeben und durch einen emphatischen oder gar unpräzisen Demokratiebegriff zu ersetzen, wie es in der Demokratiepädagogik häufig der Fall ist. Im Gegenteil: Die politische Bildung braucht einen differenzierten und geschärften Begriff von Politik, den die deliberativen Demokratietheorien liefern können, ohne dabei eine neue „große Erzählung“ zu sein.



*Dr. Bettina Lösch ist wissenschaftliche Assistentin im Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Arbeitsschwerpunkte: Demokratietheorien, Globalisierung/Neoliberalismus, Politische Bildung.*

*Erreichbar über die Universität Köln,*

*Institut II: Politikwissenschaft,  
Gronewaldstraße 2, 50931 Köln.*

*E-Mail: [bettina.loesch@uni-koeln.de](mailto:bettina.loesch@uni-koeln.de)*

18 Vgl. *Paul Ciupke*: Die Protestbewegung in den 60er Jahren und die außerschulische politische Bildung, in: *Außerschulische Bildung*, 2-2008, S. 172-180

19 Vgl. *Benedikt Widmaier*: Partizipation – Demokratie – Internationale Jugendarbeit, siehe [http://www.jugend-global-2020.de/pdf/Aktive\\_Buergerschaft\\_und\\_Demokratie.pdf](http://www.jugend-global-2020.de/pdf/Aktive_Buergerschaft_und_Demokratie.pdf), 30.09.2008

## Beteiligungsprozesse sind Werkstätten für politisches Lernen

Erfahrungen und Resümées aus der Stadt(teil)entwicklung in Leipzig-Volkmarsdorf

Matthias Schirmer

In so genannten „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ werden unterschiedliche Instrumente der Bewohner/-innen-Beteiligung und -Aktivierung entwickelt und erprobt. Aktivitäten wie auch Ergebnisse dieser Arbeit sind auf unterschiedlichsten Ebenen zu finden: unter anderem haben die Prozesse Auswirkungen auf die beteiligten Personen. Um diese spezielle Form der politischen Bildung zu etablieren, muss es ein Anliegen sein, Beteiligungsverfahren in den Kommunen zu institutionalisieren.

### Worum geht es?

#### *Zum Beispiel ... – Herausforderungen und Handlungsansätze*

Nach der Wende hat im Stadtteil Leipzig-Volkmarsdorf eine Entmischung der Bevölkerung stattgefunden. Wer es sich leisten konnte, ist weggezogen. Geblieben sind diejenigen, die mehrheitlich von staatlichen Transferleistungen leben (müssen). Es gibt im Stadtteil viele denkmalgeschützte und seit 20 Jahren nicht renovierte Gebäude, die während der Gründerzeit entstanden sind. In diesen Häusern ist die Leerstandsquote sehr hoch.

Es gab und gibt eine Vielzahl von brachliegenden Flächen mit Wildwuchs und Müllablagerungen.



© Matthias Schirmer

Leerstehendes Gründerzeithaus in Leipzig-Volkmarsdorf

Im Vergleich zur Gesamtstadt wohnen im Viertel relativ viele Menschen mit Migrationshintergrund. Bei der alteingesessenen Bevölkerung gibt es ihnen gegenüber subtile Ängste und auch massive Vorurteile.

In Innenhöfen von Neubaublocks, die Ende der 1980er Jahre gebaut wurden, entstanden Nutzungskonflikte durch verschiedene Nutzungsinteressen der unterschiedlichen Altersgruppen.

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Initiativen, Vereinen und Einrichtungen in den Stadtteil gezogen bzw. hat sich neu gegründet. Jedoch kennen sich diese untereinander kaum. Vielen ist nicht klar, wer sich auf welchem Gebiet engagiert, welche Initiativen und Ansprechpartner es gibt und welche Vorhaben jeweils angedacht sind.

### Stadtteilarbeit – Was ist das?

Seit Ende 1999 sind wir, das *Büro CivixX – Werkstatt für Zivilgesellschaft*, mit der Umsetzung des Quartiersmanagements in Leipzig-Volkmarsdorf beauftragt. Es handelt sich um einen so genannten „Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf“ mit vielen Altbauten aus der Gründerzeit und einem kleinen Neubaugebiet aus den späten 1980er Jahren, in dem ca. 7000 Menschen leben. Dabei geht es allgemein darum, den Stadtteil weiterzuentwickeln, und zwar auf allen Ebenen. Unsere Arbeit betrifft so u. a. das Zusammenleben, die Ordnung und Sauberkeit, die Entwicklung von Flächen und Räumen, die Organisation von stadtteilübergreifenden Veranstaltungen und Festen oder die Unterstützung von Handel/Gewerbe. Es geht darum, das zu entwickeln und zu unterstützen, was dem Stadtteil gut tut. Und zwar sowohl nach innen als auch nach außen, sowohl im Miteinander als auch im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Wahrnehmung des Viertels (Image).

Die hier geschilderten Beispiele und Schlüsse ergeben sich aus unserer Erfahrung mit der Stadtteilarbeit in Leipzig-Volkmarsdorf seit 1999.

*Quartiersmanagement (QM)* ist eine so genannte „intermediäre Instanz“; es steht quasi als Schaltstelle zwischen den verschiedenen thematisch ausgerichteten „Säulen“ der Verwaltung und dem Stadtteil, in dem alle Themen auf relativ engem Raum relevant sind. Es wirkt also einerseits in den Stadtteil hinein, ohne jedoch direkter Teil der Stadtteilstrukturen zu sein. Und andererseits hat das QM auch Auswirkungen in die Verwaltung hinein, da



© Matthias Schirmer

Der Stadtteil zeichnet sich durch große Brachflächen aus.

es Themen aus dem Stadtteil aufnimmt und thematische Vernetzungen in der Verwaltung anstößt und moderiert, ohne jedoch direkter Teil der Verwaltungsstrukturen zu sein.

Wie bei einem Katalysator kann QM dazu beitragen, dass etwas Neues entsteht, was ohne dieses Instrument nicht möglich gewesen wäre. Und am Ende sind Strukturen entstanden, die ohne äußeres Zutun weiter bestehen und wirken.<sup>1</sup>

### Wie geht das praktisch?

#### **Beispiele für methodisches Vorgehen in Beteiligungsverfahren**

In den ersten Jahren haben wir viele Gespräche mit Bewohner/-innen geführt. Dazu haben wir uns mit einem *Stadtteilmodell* an den Eingang des Einkaufszentrums, auf Plätze und an Kreuzungen gestellt. Durch das Modell wurden die Menschen direkt angesprochen und wussten sofort, worum es geht. Sie blieben stehen, um zu schauen, und wir kamen ins Gespräch: Über ihr Haus, über Chancen und Potenziale, aber auch über Defizite des Stadtteils. Sie bekamen Gelegenheit, ihre Ideen und Wünsche zur Entwicklung des Viertels einzubringen, haben auf ganz konkrete Probleme hingewiesen und teilweise auch ihre Mitarbeit erklärt.

<sup>1</sup> Neben dem etwas neueren Instrument des Quartiersmanagements gibt es in der Stadtteilarbeit auch das Modell der Gemeinwesenarbeit mit dem Ziel der direkten „Unterstützung der Selbstorganisation bestimmter Bevölkerungsgruppen“ (Beckmann/Keck: Beteiligungsverfahren in Theorie und Anwendung. Stuttgart 1999). Darauf soll hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Später wurden per Zufall ausgewählte Menschen zur tieferen Auseinandersetzung mit dem Viertel eingeladen. In mehreren Sitzungen haben sie sich mit den Themen beschäftigt, die ihrer Meinung nach im Stadtteil wichtig waren. Für diese Arbeit bekamen sie auch eine kleine Aufwandsentschädigung. Entstanden ist daraus ein „Aktionsplan“, der uns Leitlinie für das weitere Vorgehen bei der Stadtteilentwicklung war.

Rund um einen offenen Innenhof haben wir mit allen Anwohner/-innen *aktivierende Befragungen* durchgeführt. In vielen einzelnen Gesprächen an der Wohnungstür oder auch in der Wohnung ging es darum, was aus Sicht der Bewohner/-innen im unmittelbaren Wohnumfeld verbesserungswürdig ist. Die Fragen waren: Was müsste getan werden? Wer könnte das tun? Und was können Sie selbst dazu beitragen bzw. würden Sie diese Sache gemeinsam mit anderen in Angriff nehmen? Es ging also vorwiegend darum, herauszufinden, wo das eigene Interesse liegt, was sie selbst bereit sind beizutragen und welche Ressourcen es in ihrem Umfeld gibt.

Bei der Vorbereitung einer *Planung zur Umgestaltung* eines anderen Wohnhofes haben wir die Bewohner/-innen zuerst in mündlichen Gesprächen dazu befragt, was aus ihrer Sicht für den Hof wichtig wäre und was ihrer Meinung nach bei der Umgestaltung verwirklicht oder beachtet werden muss. Diese ersten Ideen und Meinungen flossen in einen Fragebogen ein, der im Anschluss an alle betroffenen Haushalte verteilt wurde. Aus dem Rücklauf wurden uns bereits bestehende Konfliktlinien und unterschiedliche Nutzungsinteressen deutlich. Parallel wurden im Rahmen eines Spielmobilangebotes die Kinder zu ihren Wünschen für den Hof befragt. Bei einem Bürgerforum direkt im Hof wurden dann alle Ergebnisse und besonders die sich abzeichnenden Nutzungskonflikte vorgestellt, diskutiert und ausgehandelt. Mit den Ergebnissen aus diesem Prozess konnte ein Planungsbüro mit der professionellen Umsetzung der Ideen und Wünsche beauftragt werden.

Bei einer *Ideenwerkstatt* zum Thema „Integration“ kamen viele unterschiedliche stadtweite Akteure aus Vereinen, Ämtern usw. zusammen. Dabei produzierten sie einen „Steinbruch“ von Ideen und konkreten Projektansätzen, wie mit dem Thema weiter umgegangen werden kann.

Bei einem Workshop mit Menschen aus der *alternativ-kreativen Szene* haben diese sich vor kurzem gegenseitig ausgetauscht, wie sie zum Stadtteil

stehen, was sie jeweils machen und welche Ideen sie verfolgen. Es ging darum, die Vernetzung untereinander anzuregen und auch Ansätze für mögliche gemeinsame Projekte im Stadtteil zu finden und zu konkretisieren.

### Erkenntnisse bezüglich Methoden und Verfahren in der Stadtteilarbeit

Bei der Gestaltung der methodischen Herangehensweise hat sich für uns gezeigt, was Helmut Klages als „Gestaltungskriterien breiter Bürgerbeteiligung“ beschrieb. Demnach sollen Beteiligungsverfahren u. a. praktisch zugänglich und niederschwellig gestaltet sein. Das Verfahren muss transparent sein, und es sollte eine Kontinuität in der Beteiligung geben. Die beteiligten Akteure müssen dabei die Möglichkeit haben, eigene Kompetenzen einzubringen und zu entwickeln.<sup>2</sup>

Bei der Auswahl der Beteiligungsverfahren ist es nach unserer Erfahrung notwendig, auch nicht-dialogische oder weniger dialogorientierte Methoden einzubeziehen, um eine breite Partizipation zu ermöglichen.

Die Beteiligungsmethoden sollten es ermöglichen, unterschiedliche Meinungen und Ideen ernst zu nehmen und sichtbar zu machen, die betroffenen Akteure und Beteiligten dort abzuholen, wo sie sind (räumlich, emotional, sprachlich, ...), die Kommunikation untereinander zu fördern und das Kennenlernen von Menschen bzw. Nachbarn zu ermöglichen. Nicht zuletzt sollten sie Spaß machen und/oder überraschen.

Dabei finden wir es wichtig, stets die längerfristigen Prozesse im Blick zu haben und nicht (nur) die eher kurzfristigen Einzelmaßnahmen.

Allgemein ist uns in der Arbeit jedoch immer wieder klar geworden: Methoden müssen immer wieder neu entwickelt und angepasst werden. Es geht nicht darum, bestehende „Best-Practise“-Beispiele oder Arbeitsverfahren zu „rekrutieren“ oder „überzustülpen“. Die Stadt(teil)entwicklung muss als Prozess gestaltet werden, in dem immer wieder neu

2 Helmut Klages: „Im Spannungsfeld zwischen Spielwiese und Machtabgabe. Bürger/innenbeteiligung zwischen Anspruch und Wirklichkeit.“ Vortrag zum „Forum für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie. Bedingungen gelingender Beteiligung.“, eine Kooperationstagung der Stiftung MITARBEIT und der Ev. Akademie Locomm vom 26.-28.09.2008. Verfügbar als Thesenpapier und Präsentation auf [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de).



Wie soll sich der Hof entwickeln?

überlegt wird, was in der aktuellen Situation unter den spezifischen Voraussetzungen, mit den verfügbaren Akteuren und Ressourcen mit welchem Ziel und für welche Zielgruppe erreicht werden soll. Dazu müssen Methoden und Verfahren in der Arbeit immer wieder neu gefunden, entwickelt und abgewandelt werden. Starre Raster helfen hier nicht weiter.

### Was bringt das?

#### Zum Beispiel ... – Schlaglichter zu den Ergebnissen unserer Arbeit

Im Ergebnis eines ABM-Projektes wurde auf einer Brachfläche ein *Weidenzaun* als Zwischenbegrünung und Abschirmung zur Straße gepflanzt. So entstand eine grüne Oase auf einer ehemals kahlen Fläche, die als wilder Parkplatz genutzt worden war. Inzwischen konnte durch die Stadt Leipzig eine durchgängige Gestaltung als Grünfläche umgesetzt werden.

Im Ergebnis der vielen aktivierenden Gespräche mit den Anwohner/-inne/-n des Innenhofes wurde gemeinsam eine *Aufräumaktion im Hof* organisiert. Dabei haben ca. 20 Menschen insgesamt 40 Kubikmeter Sperrmüll gesammelt und gleichzeitig das

Totholz verbrannt. Unterstützung kam außer von der Stadtreinigung auch von einigen Hauseigentümern. Beim anschließenden gemeinsamen Grillen freuten sich die Bewohner/-innen, so viel geschafft zu haben und sich gegenseitig kennen zu lernen. Wenige Wochen später wurde von den Anwohner/-inne/-n ein Zaun aufgestellt, um den Hof nach außen abzugrenzen. Dabei waren weitere Ansätze von Eigeninitiative zu sehen, z. B. hatte jemand Beete angelegt.

Um aktuellen Leerstand zu verringern und um gleichzeitig Künstler/-innen und „kreative Köpfe“ für den Stadtteil zu interessieren, haben wir einerseits Kontakte zu Hauseigentümer/-inne/-n und -Verwalter/-inne/-n aufgebaut und andererseits Werbung für „Ateliers und Wohnungen in Volkmarisdorf“ gemacht. In *Atelierbörsen* wurden dann die Kontakte der Menschen untereinander hergestellt. Unter anderem wurde daraufhin ein bisher leer stehendes Haus komplett neu durch junge Leute genutzt.

Beim *Frühjahrsputz* werden jährlich Vereine, Einrichtungen und Bewohner/-innen angesprochen, wilde Müllablagerungen im Gebiet zu melden, und dazu aufgefordert, sich an der Beräumung zu beteiligen. Mit Unterstützung der Stadtreinigung können so regelmäßig an einem Vormittag viele Flächen vom Müll beräumt werden. Ziele sind neben der Säuberung auch die Aktivierung zur Mitarbeit, das Kennenlernen untereinander und das öffentlich sichtbare Engagement der Beteiligten.

Das jährliche *Stadtteilstadtteilfest* wird mittlerweile mit verschiedenen Partnern vor Ort organisiert. Es ist zu einem Podium der ansässigen Vereine und Initiativen, aber auch stadtweit agierender Akteure geworden. Es bietet nicht nur Informationen, sondern die Besucher werden mit interaktiven Aktionen einbezogen und zu eigenen Erfahrungen angeregt. Außerdem ist es ein Anliegen, Begegnungsmöglichkeiten für die Besucher zu schaffen.

### **Was passiert bei den Menschen vor Ort? – einige Beobachtungen**

#### ***Menschen übernehmen Verantwortung***

Ein Anwohner kümmert sich zum Beispiel um das Mähen von Gras auf einer herrenlosen Grünfläche. Dabei benutzt er einen gespendeten Rasenmäher und bekommt Hilfe von einem Bürgerverein. Ein anderer Anwohner kümmert sich um die Zugänglichkeit der Räume des örtlichen Bürgertreffs für Gruppen und Veranstaltungen. Er über-

nimmt ehrenamtlich auch kleine Hausmeistertätigkeiten.

#### ***Menschen bringen sich ungefragt ein***

Zum Beispiel kam eine Anwohnerin mit dem Angebot, etwas mit für das Familien- und Nachbarschaftsfest zu organisieren, weil sie jetzt wieder zu Hause ist und Zeit hat.

#### ***Menschen gestalten ihre eigene Lebenssituation. Sie haben Ideen und setzen diese um***

Zum Beispiel kam von einem Hauseigentümer die Idee zur Begrünung der Straße. Dafür sammelte er mit den anderen Eigentümern der angrenzenden Häuser Geld, mit dem die Bäume finanziert wurden.

Ein anderer Hauseigentümer hatte bei der Stadt durchgesetzt, dass eine Sitzgruppe im öffentlichen Raum so umgestaltet wurde, dass dort nur noch wenige Leute sitzen können. Ihn hatten die Menschen „gestört“, die sich dort regelmäßig in einer größeren Runde getroffen hatten. Daraufhin kauften sich diese Menschen Gartenstühle und sogar einen Tisch. Nun sitzen sie weiterhin dort – auf ihren eigenen Möbeln.

#### ***Menschen bleiben da und ziehen nicht weg***

obwohl sie das eigentlich fest vorhatten.

### **Erfahrungen – welche Lehren ziehen wir?**

#### ***Erfahrungen in Bezug auf das Lernen der Akteure***

Während der Beteiligungsprozesse an der Entwicklung im Stadtteil geschieht natürlich auch etwas mit den Menschen vor Ort. Sie verändern ihre Einstellungen und ihr Verhalten, sie erweitern ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie lernen also, wie die genannten Beispiele zeigen. Diese Veränderungen und damit die Persönlichkeitsentwicklung der Beteiligten geschehen in Aushandlungs- und Beteiligungsprozessen immer auch „nebenbei“. Die Anwendung und Förderung von Beteiligungsverfahren ist also zugleich eine Förderung von Entwicklungs- und Veränderungsprozessen bei den beteiligten Personen. (Dies kann ebenso für Organisationen gelten.)

#### ***Erfahrungen in Bezug auf die eigene Arbeit im Stadtteil***

Man kann wesentlich mehr erreichen und effektiver arbeiten, wenn man herausfindet, was die Akteure vor Ort wollen, und jeweils versucht, das zu unterstützen. Die Probleme und Defizite muss man dabei auch wahrnehmen und darf sie nicht aus dem Blick verlieren. Jedoch ist es wichtig, mit den

positiven Potenzialen zu arbeiten und die Ideen und Vorhaben zu unterstützen, statt den Focus ausschließlich auf die Mängel zu richten.

**Erfahrungen in Bezug auf Rahmenbedingungen für Beteiligungsprozesse**

Bei der Durchführung von Beteiligungsverfahren sollten bestimmte Rahmenbedingungen als Voraussetzung für das Gelingen solcher Prozesse erfüllt sein: Zunächst sollte es tatsächlich einen Entscheidungsspielraum geben. Es nützt also nichts, eine reine Informationsveranstaltung als Möglichkeit zur Beteiligung zu „tarnen“, wenn bereits alles entschieden ist und es nur darum geht, die bereits getroffenen Entscheidungen vorzustellen und ggf. auf Akzeptanz „abzuklopfen“.

Neben der Anwendung von zielgruppengerechten Methoden und der Verfügbarkeit der für den Beteiligungsprozess nötigen Zeit ist auch ein transparentes Verfahren wichtig. Die Beteiligten sollten also immer wissen, an welcher Stelle im Prozess sie gerade stehen und in welchem Zusammenhang der aktuelle Schritt gerade zu sehen ist.

Entscheidungsträger, also Verwaltung und Politik, müssen sich auf einen Entscheidungsprozess einlassen und ihn mittragen, auch wenn sie ihn nicht zu jeder Zeit kontrollieren können. Sie sollten die zu erarbeitenden Ergebnisse bereits im Vorfeld akzeptieren. Sie müssen die entstehenden Ergebnisse legitimieren und am Ende auch umsetzen.

**Beteiligungsprozesse in den Kommunen etablieren!**

Bisher werden Beteiligungsverfahren aus gesamtstädtischer Perspektive eher punktuell angewendet. Um sie breit anzuwenden und zu etablieren, sollten die Verfahren zur Entscheidungsfindung in den Kommunen so definiert und festgeschrieben sein, dass partizipative Beteiligungsverfahren in bestimmten (festzulegenden) Fällen zum Zuge kommen müssen. Dazu schlägt Klages vor, entsprechende Verfahrensordnungen für die Bürgerbeteiligung in den Kommunen zu erarbeiten und verbindlich festzulegen. Darin sollten u. a. Sachgebiete bestimmt werden, bei denen Bürgerbeteiligung anzuwenden ist, und es sollte festgelegt werden, wie die Koordinierung zwischen Rat, Verwaltung und Beteiligungsverfahren zu erfolgen hat.<sup>3</sup>

Um Beteiligungsverfahren in den Kommunen also als selbstverständlich zu etablieren und zu institutionalisieren, sollten sie u. a. in den Gemeindeordnungen fest verankert sein. Nur so kann die Stadt(teil)entwicklung auf eine Basis jenseits von Modellvorhaben, Förderlogiken, Sondersituationen und ähnliches gestellt werden.

**Resümee: Politische Bildung und die Stärkung demokratischer Entscheidungsfindung in „benachteiligten Stadtteilen“**

Maria Lüttringhaus konstatiert: „Partizipation befördert die Demokratie ... Gesellschaftlicher Gemein-sinn bzw. gesellschaftliche Verantwortung entsteht durch Partizipation.“<sup>4</sup>



Die Menschen müssen an der Entwicklung ihres Stadtteils beteiligt werden

Demokratie entfaltet sich also ganz praktisch, wenn sich z. B. Menschen auf einer Brachfläche treffen und wie in Leipzig-Volkmarisdorf mit Knete und Naturmaterialien ein Modell umbauen. Und wenn sie sich dabei darauf einigen, wie es später auf der Fläche aussehen soll.

3 Helmut Klages: a. a. O.

4 Maria Lüttringhaus: Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen-Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 17; Stiftung Mitarbeit, Bonn 2000, S. 70.

Politische Bildung geschieht in unserer Arbeit unter anderem, wenn Menschen in einer aktivierenden Befragung überlegen, wie man die ihrer Meinung nach drängendsten Probleme angehen könnte und was sie selbst persönlich zu ihrer Lösung beitragen können.

Politische Bildung passiert auch, wenn sich Menschen gemeinsam mit der Polizei darüber vergewissern, wie sie mit ruhestörendem Lärm gemeinsam umgehen können.

Die Ermöglichung von politischen Entwicklungsprozessen der Menschen (politische Bildung) und die Etablierung einer erlebbaren und für die Beteiligten greifbaren „Demokratie im Kleinen“ braucht in der Durchführung einen methodischen Rahmen, der z. B. in Beteiligungsprozessen gesetzt werden kann.

Um Entwicklungsprozesse bei Menschen (Lernen) zu fördern und demokratische Strukturen in kleinräumigen Entscheidungsprozessen zu etablieren, braucht es auf Seiten der Kommunen feste Regeln,

wann, wie und bei welchen Themen Beteiligungsprozesse automatisch „ausgelöst“ werden, so dass sie zum normalen Verfahren der politischen Willensbildung werden.

Wenn es gelingt, solche Regeln allgemein verbindlich z. B. in die Gemeindeordnungen aufzunehmen, wäre dies auch eine Chance für die politische Bildung.



*Matthias Schirmer M. A. ist seit 1999 für das Quartiersmanagement in Leipzig-Volkmarsdorf tätig. Zurzeit hat er einen Lehrauftrag an der Leipziger Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur im Bereich der Konzipierung und Durchführung von Projekten im sozialen Bereich. Daneben beschäftigt er sich*

*als Betzavta-Trainer in anderen Zusammenhängen auch mit dem Themenfeld der Demokratieentwicklung.*

*Projekträger des Quartiersmanagements ist das Büro CivixX - Werkstatt für Zivilgesellschaft, Inh. Ralf Elsässer. Weitere Informationen: [www.volkmarsdorf.de](http://www.volkmarsdorf.de)*